

Die „Laibacher Zeitung“ erscheint, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, täglich, und kostet sammt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 11 fl., halbjährig 6 fl. 50 kr., mit Kreuzband im Comptoir ganzj. 12 fl., halbj. 6 fl. Für die Zustellung in's Haus sind halbj. 50 kr. mehr zu entrichten. Mit der Post portofrei ganzj., unter Kreuzband und gedrucker Adresse 15 fl., halbj. 7 fl. 50 kr.



Insertionsgebühr für eine Garmond-Spaltenzelle oder den Raum derselben, ist für 1malige Einschaltung 6 kr., für 2malige 8 kr., für 3malige 10 kr. u. s. w. Zu diesen Gebühren ist noch der Insertions-Stempel per 30 kr. für eine jedesmalige Einschaltung hinzu zu rechnen. Inserate bis 10 Zeilen kosten 1 fl. 90 kr. für 3 Mal, 1 fl. 40 kr. für 2 Mal und 90 kr. für 1 Mal (mit Inbegriff des Insertionsstempels).

Laibacher Zeitung.

Amtlicher Theil.

S. E. I. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 14. Oktober d. J. den Finanzrath bei der Finanz-Prokuratur in Pest, Dr. Andreas Pawlik, zum Finanz-Prokurator in Siebenbürgen mit dem Titel und Charakter eines Ober-Finanzrathes allergnädigst zu ernennen geruht.

Nichtamtlicher Theil.

Das neue Anlehen.

Zur Rechtfertigung des neuen Anlehens bringt die „Wiener Abendpost“ folgende Bemerkungen:

„Wir glauben nicht, daß ein Spezial-Darlehen für die Linderung des Nothstandes in Ungarn auf andere Weise, als mittelst der Anstrengung des Reichs-Credits zu beschaffen wäre. Und wenn dieß der Fall ist, so finden wir es natürlich, daß dieses Darlehen als ein Theil der gesammten Operation behandelt wird, weil zwei neue Anlehen von verschiedener Form auf dem Geldmarkte sich kreuzen und beirren würden. Gegen die Bedeckung des Staatsdefizits wird eingewendet, daß die Budgetberatung noch nicht geschlossen, daher der Bedarf nicht genau zureichend zu ermessen sei. Die Ursache der Verschiebung der Budgetdiskussion liegt in Verhältnissen, deren Beseitigung die Regierung jederzeit sehnlich wünschte. Uebrigens sind die vorbereitenden Arbeiten des Finanzausschusses im vollen Zuge, und wenn auch das Erträgniß der Steuererhöhungen im Vorjahre ein befriedigendes war — woraus sich, nebenher gesagt, ein nicht ungünstiges Zeugniß für die Ungeschwächtheit der Steuerkraft Oesterreichs ergibt — so bleibt doch ernsthaft zu erwägen, daß die Kalamität in Ungarn vermöge der noch bevorstehenden Rückwirkung auf den ökonomischen Stand der übrigen Länder die Steuerabfuhr derselben vielleicht zeitweilig affiziren dürfte. Vorsicht gebietet daher dem Finanzminister, sich eine Reserve zu sichern, um momentanen Abgängen begegnen zu können. Die Einziehung der Münzscheine halten wir für kein geringfügiges Interesse. Durch das Zurückströmen der Silbersechser entsteht eine Ueberladung der Kanäle der Zirkulation mit Scheidegeld, und die Folge davon wirkt immerhin auf eine verhältnißmäßige Entwerthung der Valuta. Durch die Einziehung der Münzscheine wird daher um die Summe, die sie repräsentiren, der große Zweck der Valutaregulirung gefördert, überdies ein Stück der Staatsschuld gelöst, welches dem Auge die traurigsten Momente unserer finanziellen Bedrängnisse gegenwärtig hält. In Betreff der Salinenschine haben wir nur zu erinnern, daß sie zur schwebenden Staatsschuld gehören und sowohl Praxis als Wissenschaft sich gegen die Vermehrung derselben erklären. Jeder Staat, der nach gründlicher Regelung seiner Finanzen strebt, kann sich der Einsicht nicht verschließen, daß die schwebende Schuld, wenn ihre Tilgung nicht möglich ist, von Zeit zu Zeit durch Bündirung auf ein Maß zurückgeführt werden muß, welches nöthigenfalls wieder eine Expansion erlaubt, ohne die festgesetzte richtige Grenze zu überschreiten. Wenn man glaubt, daß die konsolidirte Schuld sich für den Staat kostspieliger als die schwebende herausstelle, so ist dieß ein relativer Begriff: denn beim Herantreten einer unvorhergesehenen Krise kann eine übermäßige Höhe der letzteren zu einer Hauptgefahr sich entwickeln, während, wenn, wie bei diesen Scheinen effektiv der Fall ist, das Angebot von der Nachfrage überschritten wird, der Grund größtentheils darin liegt, daß die richtige Grenze stets eingehalten wurde. Ein Rathschlag zur Vermehrung der flottanten Schuld wäre der gewagteste, der er-

theilt werden könnte, und für die Summe, um welche die Vermehrung stattfände, zugleich der kostspieligste, wenn eine Steigerung des Zinsfußes auf die ganze schwebende Schuld damit verbunden werden müßte.“

26. Sitzung des Abgeordnetenhauses am 20. Oktober.

Auf der Ministerbank: Reichberg, Schmerling, Meszery, Degenfeld, Lasser, Plener, Hein, Hofkanzler Nadassy. — In der Hofloge Erzherzog Ratner. — Die Siebenbürger sitzen im rechten Centrum, Zimmermann im linken Centrum. — Die Gallerien sind überfüllt.

Nach Verlesung des Protokolls verliest der Präsident eine Zuschrift des Staatsministers, in welcher mitgetheilt wird, daß der siebenbürgische Landtag die Wahl von 26 Abgeordneten in den Reichsrath vorgenommen hat. Zugleich werden die Namen der Gewählten mitgetheilt.

Präsident erklärt, die Angelobung der neu eingetretenen Mitglieder vornehmen zu wollen und begrüßt die neu Eintretenden mit eben so warmen als geistvollen, von dem Beifall des Hauses begleiteten Worten. (Das Haus hört die Rede des Präsidenten stehend an.) Die Ansprache des Präsidenten lautet:

„Mit dem Gefühle hoher Genugthuung und aufrichtiger Freude schreite ich zu diesem Akte. Die Zahl treuer Gesinnungsgenossen, deren Eintritt wir jederzeit mit Freude begrüßen, wird heute vermehrt durch eine bewährte Schaar hervorragender Männer, von denen wir hoffen dürfen, daß sie sich auf dem Boden gemeinsamen Wollens und Wirkens bald unter uns heimisch und als Freunde unter Freunden fühlen werden.“

Aber mehr als das, wir begrüßen in dem Eintritt der Männer aus Siebenbürgen zugleich einen bedeutungsvollen Sieg des Gedankens, welchen unser erhabener Kaiser in der Reichsverfassung zu Wort und That gebracht hat. Die Wirkung dieses Sieges ist zunächst für uns eine volle und ganze, denn das ganze Recht, welches die Verfassung der österreichischen Volksvertretung verleiht, ist hienüt unser Recht, das Recht dieses hohen Hauses geworden, welches es nun kraft eigener Befugniß üben darf und deshalb üben muß. Aus der Sündfluth widerstreitender Meinungen haben Sie unsere neuen Herren Kollegen das erste Reis in unsere Arche gebracht, mit welchem wir herantreten dürfen aus der Beschränkung derselben an das volle Maß unseres Rechtes und unserer Pflicht. Nach Außen freilich ist es nur ein Theil des Sieges, den wir nicht hochmüthig für uns, den wir für das Reich, für das Ganze wie für die Theile mit Nothwendigkeit ansprechen. Aber auch dorthin, wohin unser Sieg nicht reicht, wird die mächtige verheißungsvolle Thatfache wirken, welche in Ihrem Eintritte liegt. Denn was gestern ferne schien, ist heute wirklich und so lebt nur der nie entschwundene Glaube mächtiger auf, daß das, was heute nicht ist, morgen kommen werde, weil es kommen muß, denn der bekannte Satz: „Die Weltgeschichte ist nicht pressirt“ hat einen Schlußsatz, auf den wir nie vergessen dürfen: „aber unwiderstehlich vollzieht sie ihre Gesetze.“ Und so unwiderstehlich wird sich das Gesetz der modernen Staatenbildung an Oesterreich bewähren und es aus dem Schutte der Jahrhunderte zu jener Form der Macht erheben, welche zwar Mannigfaltigkeit des Lebens der Theile zuläßt, aber die unzersplitterte Einheit ihrer selbst gebietend fordert. (Bravo, Bravo!) Das ist unser Glaube und in diesem Glauben warten wir geduldig auf das Morgen. Aber mit demüthiger Freude empfangen wir das Geschenk von heute als das erste Zeugniß von der Wahrheit unseres Glaubens.

Möge er unerschüttert in diesen Räumen fortleben und möge es uns bald gegönnt sein, alle Diejenigen, deren Zeugniß wir noch für ihn in Anspruch nehmen, so froh zu begrüßen, wie wir heute Sie, meine Herren, in unserer Mitte froh und herzlich willkommen heißen. (Lebhafter Beifall.) Ich schreite nun zur Angelobung selbst.“

Es wird sodann die Angelobung der siebenbürgischen Abgeordneten vorgenommen; die Angelobungsformel wird in deutscher, ungarischer und rumänischer Sprache vorgelesen.

Abg. Comes Schmidt aus Siebenbürgen: „Herr Präsident! Hohes Haus! Die freudig erregte Stimmung, mit welcher die Abgeordneten aus Siebenbürgen in dieses hohe Haus eingetreten sind, kann nur gehoben werden durch die freundliche Ansprache des Herrn Präsidenten.“

Die bedeutungsvollen Worte dieser Ansprache, sie werden in Siebenbürgen in dem Herzen aller wahren Verfassungsfreunde den wärmsten Anklang finden.

Seit Jahrhunderten im Besitze einer Verfassung, wornach das Recht der Gesetzgebung zwischen dem Landesfürsten und der Landesvertretung getheilt war, hat Siebenbürgen, Zeuge der unter der Benennung des Leopoldinischen Diplomes bekannten Unterwerfungsakte, schon im Jahre 1691 in dem engen Anschlusse an Oesterreich den einzigen Rettungsanker seiner durch innere Unruhen und feindliche Einfälle so oft und so schwer gefährdeten staatlichen Existenz erkannt. — Es hat später im Jahre 1722 durch die Annahme der pragmatischen Sanction und im Jahre 1744 durch die Immatrikulirung jenes Staatsgrundgesetzes sich offen und unumwunden auf den Standpunkt der staatlichen Einheit der gesammten, untheilbaren und untrennbaren Monarchie gestellt. Es geschah das zu einer Zeit, wo das konstitutionelle Prinzip noch nicht in allen Ländern der Monarchie zur Geltung gelangt war; um so viel mehr muß Siebenbürgen sich hingezogen finden zur konstitutionellen Monarchie, die den Grundsatz der Gleichberechtigung aller Völkerstämme, der Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetze, der gleichmäßigen Verpflichtung zur Tragung der Staatslasten an die Spitze ihrer Verfassung gestellt hat. Ich bin so glücklich, in dieser letzten Beziehung mich auch auf Thatfachen berufen zu können, die von der Stellung des Siebenbürger Landtages zur Reichsverfassung offenes, unwiderlegbares Zeugniß geben.

Der Siebenbürger Landtag hat, wie die S. E. I. Apostolischen Majestät ehrsüchtigvoll unterbreitete Adresse es beweist, mit Freuden den ihm gebotenen Anlaß ergriffen, sich für die Staatsgrundgesetze vom 20. Oktober und vom 26. Februar zu erklären. (Bravo!) Dieser Landtag hat bald darauf die wörtliche Einverleibung beider Staatsgrundgesetze in die Landtagsgesetze mit Einstimmigkeit beschlossen. (Bravo!) Diesen Thatfachen gegenüber bedarf es in diesem hohen Hause wohl keiner näheren Auseinandersetzung darüber, daß sich im Siebenbürger Landtage auch nicht eine einzige Stimme gegen die Beschickung des hohen Reichsrathes erhoben hat und daß die Wahl der Abgeordneten mit größter Bereitwilligkeit vollzogen wurde. (Bravo!) Die Abgeordneten aus Siebenbürgen haben sofort sich beeilt, ihre Sitze in diesem hohen Hause einzunehmen, um im Vereine mit den übrigen Reichsgenossen davon Theil zu nehmen, daß die gemeinsamen Reichsangelegenheiten in echt konstitutioneller Weise durch die gemeinsame Reichsvertretung zum Abschlusse gebracht werden.

Dieser Gesichtspunkt war aber für Siebenbürgen nicht der allein maßgebende, die Bevölkerung Siebenbürgens erwartet von der gemeinsamen Reichsvertretung die Förderung auch ihrer materiellen Interessen. Sie rechnet mit aller Zuversicht darauf, daß

Siebenbürgen durch die verfassungsmäßige Vermittlung der Reichsvertretung je eher in das österreichische Eisenbahnnetz einbezogen, daß dadurch der Wohlstand des Landes gehoben, seine Steuereinfähigkeit erhalten und daß durch zweckmäßige Reformen im Steuerwesen und in der Art der Ergänzung des Heeres das Los des größten und ärmsten Theiles der siebenbürgischen Bevölkerung erleichtert werde. Indem ich im Hinblick auf die mehrerwähnte Adresse des siebenbürgischen Landtages dieser Ansicht überzeugungstreuen Ausdruck gebe, glaube ich zugleich auf die volle Zustimmung des hohen Hauses rechnen zu dürfen, wenn ich mir erlaube, die Erwartung auszusprechen, daß die Förderung der materiellen Interessen auch Siebenbürgens die wärmsten Vertreter auch unter den andern Reichsgenossen in diesem hohen Hause finden werde. (Bravo! links.) Ich und meine Kollegen stehen fest auf dem Boden der Reichsverfassung; wir glauben an die Lebensfähigkeit dieser Verfassung; das haben wir durch unsern Eintritt in dieses hohe Haus bewiesen. (Bravo! links.) Und so hoffe ich denn mit voller Zuversicht, daß unser Eintritt in das Abgeordnetenhaus des hohen Reichsrathes sich zum glücklichsten Wendepunkte in der Geschichte nicht bloß unseres engeren Vaterlandes, sondern des gesammten, mächtigen, ruhm- und ehrenreichen Oesterreichs gestalten werde.“ (Lebhaftes Bravo!)

Präsident theilt hierauf mit, daß Minister Lasser ihm einen Gesetzentwurf über die Grundzüge für die Einrichtung und Wirksamkeit der politischen Verwaltungsbehörden in den im engeren Reichsrathe vertretenen Ländern übergeben habe und erklärt, denselben auf die Tagesordnung einer der nächsten Sitzungen zur ersten Lesung setzen zu wollen.

Es folgt die Mittheilung der übrigen Einläufe, worauf zur Tagesordnung geschritten wird.

Erster Gegenstand ist der Bericht des Ausschusses für die Verathung der Vorfrage über die Behandlung der Regierungs-Vorlage betreffend die Reform der direkten Steuern.

Bevor der Berichterstatter das Wort ergreift, erklärt noch Abg. Kosselnik, daß er sich der in der letzten Sitzung an den Abg. Helcelet abgegebenen Erklärung, sich in Finanzangelegenheiten der Abstimmung zu enthalten, anschließe.

Berichterst. Brolich liest hierauf den Bericht Der Ausschuss beantrage: Das hohe Haus wolle beschließen:

1. Es sei zur Verathung der Regierungsvorlagen über die Reform der Grund-, Gebäude-, Erwerb- und Rentensteuer ein Ausschuss aus dem ganzen Hause zu wählen.

2. Dieser Ausschuss habe aus 21 Mitgliedern zu bestehen, wovon 18 derart gewählt werden, daß das ganze Haus aus den Abgeordneten der Kronländer: Bukowina, Galizien, Schlesien, Mähren, Böhmen, Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg, Tirol, Vorarlberg, Steiermark, Kärnten, Krain, Görz, Triest, Küstenland, Dalmatien und Siebenbürgen je Einen, sodann ohne Berücksichtigung der Kronländer drei Mitglieder aus dem ganzen Hause wähle.

3. Das Haus erkenne die Nothwendigkeit, daß der zur Verathung der Steuerreformgesetzte berufene Ausschuss auch für die nächste Session in Permanenz bleibe und der Thätigkeit seiner Verathung auch nach dem Schlusse der gegenwärtigen Session fortsetze.

4. Das Haus beauftragt den zur Verathung des Wühlfeld'schen Antrages auf Abänderung der Geschäftsordnung eingesetzten Ausschuss über die Art und Weise, wie auf Grund des ad 3 gefassten Beschlusses die Permanenz des Steuerreformauschusses im Wege eines Gesetzes geregelt werden könne, Bericht zu erstatten.

Präsident eröffnet die Generaldebatte.

Taschek. Er theile nicht die Ansicht des Ausschusses und werde deshalb einen Gegenantrag stellen. Er sei nicht der Ansicht, daß aus jedem Kronland ein Mitglied zu wählen sei, denn die Wahlbarkeit des Hauses wesentlich beeinträchtigen, indem manches Kronland nur durch ein Mitglied vertreten ist und dieses gewählt werden müßte. Deshalb könne es dem 2. Punkt des Antrages nicht beitreten. Die Nothwendigkeit, daß der zu wählende Ausschuss in Permanenz bleibe, erkenne auch er, aber der Ausschuss hätte die Lösung dieser Frage nicht dem Ausschusse für den Wühlfeld'schen zuweisen, sondern selbst einen dahin bezüglichen Antrag stellen sollen. Was ferner die Zahl der zu wählenden Mitglieder betrifft, spricht Redner sich für die Zahl 15 und 5 Ersagmänner aus. Er stelle deshalb folgenden Antrag:

Das Haus wolle „1. zur Verathung der Regierungsvorlage über die Reform der Grund-, Gebäude-, Erwerb- und Rentensteuer mit thunlichster Berücksichtigung der einzelnen Königreiche und Länder einen Ausschuss von 15 Mitgliedern und 5 Ersagmännern aus dem ganzen Hause wählen.“

„2. Dem nachfolgenden Gesetzentwurf seine Zustimmung erteilen.“

(Der nachfolgende Gesetzentwurf bestimmt im Art. I., daß der zu wählende Ausschuss auch nach Schluß der Session mit Ausnahme der Dauer der Landtagsession seine Thätigkeit fortzusetzen habe. Art. II. der Gesetze vom 7. Juni 1861 und 3. Oktober 1861 fänden auch auf diesen Ausschuss ihre Anwendung. Art. III. Der Vorsitzende dieses Ausschusses hätte das Recht, selbst Erhebungen zu veranlassen und wäre dem Ausschusse Portofreiheit zugesprochen. Art. IV. Der Vorsitzende habe das Recht, nöthigenfalls die Ersagmänner einzuberufen. Art. V. Nach Beendigung der Arbeiten hat der Ausschuss seinen Bericht sogleich in Druck legen und an die Mitglieder versenden zu lassen.)

„3. Die Wahl der Ausschussmitglieder selbst aber erst, nachdem der Gesetzentwurf (sub 2) Gesetzeskraft erlangt haben wird, vorzunehmen.“

Graf Brinck erklärt, den Antrag Taschek nur unterstützen zu können, da er (Redner) bereits im Ausschusse einen ähnlichen gestellt habe, welcher aber in der Minorität blieb.

Herbst ist für eine Theilung des Antrages Taschek. Zu den zwei ersten Punkten (Modalität der Wahl) werde er bei der Spezialdebatte sprechen, was den 3. und 4. Absatz betrifft, (Permanenz des Ausschusses) so seien dieselben als ein abgesonderter Gesetzentwurf erst in Druck zu legen, wonach auch die Debatte über diese Punkte des Ausschussantrages zu vertagen wäre.

Präsident erklärt sich hiemit einverstanden und eröffnet die Spezialdebatte nur bezüglich des ersten und zweiten Absatzes.

Herbst spricht sich in längerer Rede für die Wahl von zwei Mitgliedern (nach dem Antrage des Ausschusses) ist jedoch für eine andere Modalität der Wahl, nämlich nach Gruppen, welche derart zu bilden wären, daß 1. die Bukowina und Galizien; 2. Schlesien und Mähren, 3. Böhmen, 4. Niederösterreich, Oberösterreich und Salzburg, 5. Tirol und Vorarlberg, 6. Steiermark, Kärnten und Krain, 7. Görz, Triest, Küstenland und Dalmatien, 8. Siebenbürgen je zwei Ausschussmitglieder stellen und die noch übrigen fünf Mitglieder aus dem ganzen Hause gewählt werden. (Zahlreich unterstützt.)

Freiherr v. Pratohevera unterstützt den Antrag Herbst und bemerkt, daß dieser Antrag auch den Ansichten der Minorität des Ausschusses vollkommen entspreche.

Taschek will seinen Antrag dahin modifiziren, das der Ausschuss aus 21 Mitgliedern bestehe, aber daß diese aus dem ganzen Hause gewählt werden, darauf müsse er beharren.

Goriup macht gegen die von Herbst beantragte Gruppeneintheilung Bedenken rege, welche zum größten Theile aus der Verschiedenartigkeit der Verhältnisse in den zu einer Gruppe zusammengelegten Ländern, Görz, Küstenland und Triest, abgeleitet werden.

Berger. An dem Tage, an welchem der Gedanke der Reichseinheit in so festlicher Weise begangen wurde und verkörpert vor Augen stehe, haben ihn Anträge sonderbar angemuthet, welche nicht auf den Gedanken der „Reichseinheit“, sondern auf jenem der „Atome“ gebaut sind. Um nicht das Präzedenz aufkommen zu lassen, als ob wieder der ganze Partikularismus und sein Haber auftauchen sollte, wäre es besser, alle Gruppen fahren zu lassen und aus dem Hause zu wählen. Die Gedanke werde verlegt, ob man nun nach „Atomen“ oder „Gruppen“ vorgehe, und der Herbst'sche Antrag erreiche doch nicht seinen Zweck, denn Ungarn, Kroatien und das lomb. venet. Königreich werden doch nicht vertreten sein. Er sei also für den Antrag Taschek.

Herbst repliziert zunächst gegen Berger. Gewiß sei Niemand ein innigerer Anhänger der Reichseinheit als er (Redner), aber „Atome“ seien ihm die Länder auch nicht (Bravo), denn die Königreiche und Länder haben eine berechnete staatsrechtliche Stellung innerhalb der Verfassung. Dieser ganze Aufwand von Beredsamkeit für die Idee der Reichseinheit sei aber auch ganz nutzlos gemacht worden; denn mit keinem Worte war bisher von einer staatsrechtlichen Nothwendigkeit der Wahl nach Kronländern oder Kronlandsgruppen die Rede, immer wurde nur die Zweckmäßigkeit betont; diese sei aber faktisch vorhanden, weil faktisch in den verschiedenen Kronländern, wie selbst in den einzelnen Theilen dieser letztern die größten Verschiedenheiten obwalten, welche der Ausschuss zu kennen und zu berücksichtigen in die Lage gesetzt werden müsse. Daß Ungarn und Italien keine Abgeordneten im Ausschusse haben können, bedaure er, es sei aber eine Folge des Umstandes, daß sie auch keine Abgeordneten im Reichsrathe haben. Wie aber Dr. Berger sie in den Ausschuss bringen wolle, sei ihm ein Räthsel (Heiterkeit). — Gegen Goriup gewendet, betont er, daß auch in Böhmen die verschiedenartigsten Verhältnisse bestehen; es handle sich nur darum, Männer zu wählen, welche die verschiedenen Verhältnisse kennen, daß sie dann un-

parteiisch vorgehen und nicht etwa bloß die lokalen Interessen ihres Wahlbezirkes vertreten, müsse er von dem Patriotismus jedes Abgeordneten voraussetzen.

Schuler-Libloy (Siebenbürgen) bezieht sich auf die Ausführungen Herbst, welche er so vollkommen theile, daß er das Haus mit Wiederholungen ermüden müsse, wollte er alle für dessen Ansicht sprechende Gründe hier nochmal ausführen. Insbesondere aber müsse er betonen, daß es sich nicht um eine staatsrechtliche Frage, sondern nur um Gründe der Opportunität handle. Er theile aber, was diese letztern betrifft, gleich seinen Kollegen die Ansichten Herbst's umsomehr, als auch Siebenbürgen ein solches Land sei, welches nach seinen statistischen Verhältnissen minder bekannt und minder vertreten sein könnte, wenn die Wahl aus dem ganzen Hause erfolgte. Nicht von der Vertretung von „Kronländern“, sondern von der Berücksichtigung „statistischer Gruppen“ sei die Rede.

Nach einer kurzen Entgegnung Goriup's und nachdem noch der Berichterstatter gesprochen, wird zur Abstimmung geschritten und werden Absatz 1 und 2 des Ausschussantrages, letzterer mit dem Amendement Herbst mit großer Majorität angenommen.

Bevor zu §. 3 geschritten wird, erklärt Präsident: er stelle dem Hause anheim, ob es in die Verathung über §§. 3 und 4 eingehen oder die Vertagung der Debatte darüber annehmen wolle.

Taschek wünscht, daß in die Debatte eingegangen werde. Das Haus möge sich über das Prinzip der Permanenz entscheiden, denn, wenn dieses Prinzip nicht angenommen werde, so entfalle die Verathung über seinen Antrag von selbst; werde es aber angenommen, dann erst möge man sich entscheiden, ob man in die Verathung sofort eingehen solle oder nicht.

Herbst spricht sich dafür aus, daß man nicht sogleich in die Verathung der Frage eingehen solle, denn, da die Frage nur im Wege der Gesetzgebung gelöst werden könne und man mit der Wahl ohnehin bis dahin warten müßte, so ergebe sich ohnehin keine Nothwendigkeit der Beschleunigung. Er denke sich folgenden Fall: Wenn die Reichsraths-Session geschlossen sein werde, würden wahrscheinlich bald die Landtags-Sessionen folgen. — Daß während der Landtags-Sessionen der Ausschuss nicht arbeiten könne, sei offenbar, und wenn dann der Landtags-Session bald wieder die Reichsraths-Session folgt, so sei der Beschluß von keiner praktischen Bedeutung. Er glaube übrigens, daß ein ähnlicher Antrag von dem Ausschusse selbst ausgehen solle, dieser werde es am besten wissen, ob eine Permanenz für ihn zweckmäßig und nothwendig sei. Jetzt könne man aber die Frage der Nothwendigkeit noch gar nicht beurtheilen. Er erinnere ferner daran, daß ein ähnliches Gesetz zur Beschleunigung des Verfahrens vom Hause abgelehnt wurde und daß es unzulässig sei, einen abgelehnten Antrag in derselben Session nochmals vor das Haus zu bringen. Der §. 3 enthalte aber eine dem abgelehnten Gesetze ganz ähnliche Bestimmung und schon deshalb müsse er sich gegen §. 3 aussprechen.

Taschek erklärt, er könne sich der Absicht des Vorredners nicht anschließen. Es sei mißlich, einen Ausschuss zu wählen, den es nach den bestehenden Gesetzen nicht möglich sein werde, seinen Bericht dem Hause vorzutragen, da er in dieser Session nicht fertig würde und in der nächsten ein neuer gewählt werden müßte. Man könne auch den Gewählten nicht zumuthen, sich dem Studium der Angelegenheit mit allem Ernste hinzugeben, wenn sie eben die Sicherheit haben, daß ihre Arbeiten vor der Hand nutzlos sind und sie nur die eventuelle Möglichkeit sehen, durch Wiederwahl ihre Erfahrungen in der nächsten Session verwerten zu können. Das Haus möge daher sich zuerst über die Permanenz aussprechen, wie diese zu erreichen, komme ohnehin erst bei §. 4 zur Sprache.

Graf Rinski erklärt, der Ausschuss habe sich einstimmig für die Permanenz erklärt.

Baron Petrino, Dr. Niehl erklären dagegen, daß sie schon im Ausschuss gegen die Permanenzentscheidung stimmten.

Staatsminister v. Schmerling: Die Regierung theile vollkommen die Anschauungen des Prof. Herbst. Ueber den prinzipiellen Theil der Frage habe sich das Haus bereits durch die Ablehnung des Gesetzes über die Abkürzung des Verfahrens ausgesprochen. Aber auch Opportunitätsgründe sprächen gegen die Annahme des Prinzips der Permanenz, denn Angesichts der Thatfache, daß nach der Reichsraths-session die Eröffnung der Landtage folge und diesen, wie er hoffe, nach kurzer Unterbrechung wieder die Reichsraths-session folgen dürfte, habe eine Permanenzerklärung keinen praktischen Werth, und es wäre daher zweckmäßig, die Lösung dieser Frage der nächsten Session vorzubehalten und die bezügliche Antragstellung dem Ausschusse selbst zu überlassen.

Freiherr v. Pratohevera erklärt, er müsse als Obmann des Ausschusses sein Bedauern darüber

ausdrücken, daß die soeben von dem Herrn Staatsminister ausgesprochene Ansicht noch vor wenigen Tagen nicht die des Gesamtministeriums gewesen zu sein scheine, da er Gelegenheit hatte, die Ansicht des Herrn Finanzministers entgegen zu nehmen, daß er für das gedeihliche Zustandekommen der Reform die Nothwendigkeit einer Permanenzklärung erkenne.

Tasche l. Er könne sein Bedauern nicht unterdrücken, daß die Regierung eine Vorlage in das Haus brachte, von welcher sie in Vorhinein überzeugt war, daß dieselbe in dieser Session nicht erledigt werden könne.

Da sich Niemand mehr zum Worte meldet, wird zur Abstimmung geschritten und §. 3 abgelehnt. (Präf. zählt 56 für, und mehr als 80 dagegen.)

Es entfällt somit die Debatte über §. 4.

Ueber Antrag wird die Sitzung geschlossen.

Nächste Sitzung morgen.

Oesterreich.

Wien, 20. Oktober. Das Erscheinen des ungarischen Hofkanzlers im Reichsrathe, das bekanntlich vom Finanzausschusse jetzt nach der Komplettirung des Reichsrathes als etwas Selbstverständliches erklärt wurde, gibt heute dem „Wanderer“ Anlaß zu einem Artikel, in dem die bisherige Politik des Grafen Forgach arg hergenommen wird. Wiewohl das föderalistische Blatt sich von seinem Standpunkte aus begreiflicherweise für den Eintritt des Hofkanzlers nicht unbedingt aussprechen kann, so läßt es doch sehr deutlich zwischen den Zeilen lesen, daß es einen solchen Schritt schon darum wünschen würde, weil dadurch die stagnirende ungarische Frage in Fluß gebracht und jedenfalls Graf Forgach gezwungen würde, sich einmal offen über seine Politik, von der bisher nichts Entschiedenens zu vermerken, auszusprechen. Der Artikel charakterisirt deutlich die in ungarischen Kreisen herrschende Stimmung, das immer wachsende Bedürfnis eines endlichen Ausgleiches.

Triest, 17. Oktober. Der Besuch unserer sieben Turner bei der Turnerversammlung in Leipzig hatte zur Folge, daß auch hier die Idee zur Gründung eines Turnervereins angeregt wurde. Allein es entstand leider alsbald ein Zwiespalt unter den Theilnahme Lustigen, indem die Einen einen deutschen, die Anderen, und zwar die Majorität, einen Triester Turnverein haben wollten, und so theilte man sich in gesonderte Lager. Nun bildet sich auch noch ein dritter Verein unter dem Namen: „Società ginnastica.“ In dieser Trilogie spiegeln sich die hiesigen Zustände in charakteristischer Weise ab. Einheit der Ansichten findet man hier nur in Bezug auf den Freispaß.

Venedig, 17. Oktober. Die Berufung Seiner k. k. Hoheit des Erzherzogs Ferdinand Max auf den Kaiserthron von Mexiko wurde vielleicht in keinem Theile der Monarchie mit so lebhaftem Interesse vernommen als eben hier, und wohl Niemand war über die in Aussicht gestellte Annahme dieses Thrones mehr entzückt, als die Venetianer, welchen die Handelsverbindung mit einem von einem kaiserlichen Prinzen regierten, geregelter Verhältnisse sich erfreuenden und mit so reichen Schätzen gesegneten Lande so unendliche Vortheile verspricht. Wir hatten schon vor längerer Zeit gemeldet, daß eine Gesellschaft hervorragender Kapitalisten Venedigs mit dem Plane umgehe, eine transatlantische Handels- und Schifffahrtsgesellschaft zu gründen. Die Uebernahme des Thrones von Mexiko durch Se. k. k. Hoheit den Erzherzog Ferdinand Max würde der Anlaß zur schnellen Realisirung dieses Projektes sein. Da es in dem Plane dieser Aktiengesellschaft liegt, durch Ankauf von überseeischen Ländern und Anlegung von Waren-Depots, Docks und Werften daselbst den Handelsverkehr zwischen Europa und Amerika zu heben, so würde die Einführung der Monarchie in Mexiko den ersten Anlaß geben, durch Anlegung von Kolonien Venetiens daselbst den großen Plan zu realisiren. Wenn man die Geschichte Venedigs kennt und die Mittel beobachtet, deren sich die alte Republik Venedig bedient, um ihren transatlantischen Handel zu heben, nämlich durch Kolonisirung überseeischer Küstenstriche dem Handel eine Basis zu geben, so kann man sich die freudigen Hoffnungen und Pläne erklären, welche die Venetianer an die Errichtung einer Monarchie mit einem österreichischen Erzherzog in Mexiko knüpfen. Man bedenke und berechne z. B. den Export von Perlenfisch, Spiegelwaren und sonstiger einheimischen Fabrikate, welcher Venedig bei einer projektierten Handelsverbindung mit Mexiko erwachsen würde, und vergleiche damit den bedeutenden Import, so wird man wahrlich Gelegenheit finden, an die Zukunft des Handelsverkehrs Venedigs mit Mexiko die glänzendsten Hoffnungen zu knüpfen und die Freude begreiflich finden, mit welcher die Venetianer die Versteigung des mexikanischen Kaiserthrones durch einen österreichischen Prinzen von so hoher Begabung begrüßen würden — denn wahrlich, Venedig ist hierbei wo möglich noch mehr interessiert als Triest und die übrigen Küstenstädte Oesterreichs. (Zbl.)

Prag, 18. Oktober. Das Fest der Einweihung der Slavenapostelkirche in Karolinenthal ist heute gefeiert worden — ohne Nationaldemonstrationen. Noch gestern hatten die tschechischen Blätter darüber Klage geäußert, daß durch den Widerstand der Geistlichkeit das Fest des nationalen Charakters entleert werden soll, und forderten alle „slawisch“ Gesinnten auf, sich recht zahlreich an der Feier zu betheiligen, allein es half dies Alles nicht, das Fest war trotz alledem und alledem kein „Nationalfest.“

Ausland.

Leipzig, 20. Oktober. Der Festzug war großartig. Die Oesterreicher, besonders die Wiener, wurden überall ausgezichnet. Bei dem Banket brachten v. Mühlfeld auf Deutschland, Rechbauer den Veteranen, v. Wertheim der Stadt Leipzig Hochs aus. Die Tischreden wurden mit großem Jubel aufgenommen.

Berlin, 18. Oktober. Preußen kann sich wenigstens eines politischen Sieges rühmen, und zwar hat es einem Fürsten eine Niederlage bereitet, welcher bis jetzt in zwei Welttheilen nur die Erfolge errang, welche seine hohe Einsicht und seine stets einer guten Sache zugewendeten Bemühungen allerdings verdienen. In der jüngst stattgefundenen Zusammenkunft vor nämlich der König der Belgier alle möglichen Anstrengungen auf, den König Wilhelm über die wahre innere Lage seines Landes aufzuklären. Es ist offiziös bestritten worden, daß bei der Zusammenkunft der beiden Monarchen die preussischen Verhältnisse zur Sprache gekommen seien; denn Bedingung der Zusammenkunft sei eben gewesen, daß dieß unterbleibe. Aber die offiziösen Organe sind diesmal wirklich zu bescheiden, und ich bin erstaunt, daß sie nicht hervorheben, wie in der That der König von Preußen das letzte Wort behalten habe. König Leopold sagte ihm: „Ich bin Ihr Nachbar; ich weiß genau, wie es in den Rheinlanden steht. Preußen ist ein wesentlich monarchisches Land; nichtsdestoweniger kann die Abneigung, welche bis jetzt nur Herrn v. Bismarck trifft, sehr wohl bis zum Könige aufsteigen.“ „Kann aufsteigen?“ erwiderte König Wilhelm dem höchlich überraschten Gaste; „sagen Sie lieber: ist schon bis zum Könige aufgestiegen. Ich weiß sehr gut, daß der Geist der Bevölkerung ein verirrter ist; bald aber wird man die Augen öffnen, mein Volk wird zu mir zurückkehren und mir meine Festigkeit danken.“ König Leopold sah ein, daß ihm hierauf nichts zu erwidern übrig bleibe, und daß es nicht mehr möglich sei, den Lauf des Verhängnisses zu hemmen. Er brach das Gespräch ab.

Der deutsche Nationalverein hat am 17. Oktober, am Vortrage des Schlachttjubilaums, seine Generalversammlung in Leipzig abgehalten. Die Zahl der anwesenden Vereinsmitglieder wird auf ungefähr 800 geschätzt, den Vorsitz führten die bekannten Häupter des Vereins v. Benningsen, Fries aus Weimar und Streit aus Coburg. Den Kernpunkt der Verhandlung bildete die Berichterstattung und Beschlusfassung über die Resolutionen des deutschen Fürstentages. Man denke sich den Succus alles dessen, womit die kaiserliche Presse seit Jahr und Tag ihr Publikum amüßirt, die gewöhnlichen Phrasen über „Oesterreichs dynastische Interessen“, dessen „nicht-deutsche Elemente“ u. und man erhält so ziemlich einen Begriff von dem Berichte des Herrn Miquel über das Reformprojekt, wie auch von den Reden, die dadurch nicht an Neuheit gewannen, daß sie von den Herren Schulze-Delitzsch und Mez gehalten wurden. Ein Herr Eckardt aus Karlsruhe zog eine Parallele zwischen der Stellung Ostpreußens, Schleswig-Holsteins und den — Deutsch-Oesterreichern, bezüglich letzterer er den wohlweisen Ausdruck that, daß sie, um nicht aus Deutschland ausgeschlossen zu sein, zuerst ihre Februarverfassung weggeben müssen, die eine Unwahrheit, so lange man dabei das Konfordat aufrecht erhalte.“ Daß übrigens solche längst abgethane Ausfälle nicht mehr so verfangen wie sonst, dieß zeigte sich am deutlichsten in der Nachmittagsverhandlung, in welcher ein Schweizer, Dr. Fein, geradezu die antrophoben Tendenzen des Vereins und dessen noch immer nicht erstorbene Sympathien für die preussische Spitze als die größten Hindernisse der Verbreitung und Popularität desselben bezeichnete und durch diese Erklärung den bekannten Redakteur der „Süd. Ztg.“, Herrn Brater aus Nürnberg, veranlaßte, zu konstatiren, daß Niemand eine Abneigung gegen Deutsch-Oesterreich hege und daß die scharfen Ausfälle des Referenten und des Herrn Schulze-Delitzsch von der Versammlung bedauert werden, ein Auspruch, dem sich der größte Theil der Versammlung durch lebhafteste Zustimmung angeschlossen.

Die Bürgermeister einiger badischer Städte haben dem Großherzog eine Adresse überreicht, worin ihm von einem Theile des Landes der Dank für die Haltung auf dem Fürstentage ausgesprochen wird. Der Großherzog antwortete der Deputation unter

anderem: Wenn auch in Frankfurt am Main die deutsche Frage noch nicht in einer von dem Volk gewünschten und erwarteten Weise gelöst worden, so sei es doch von großem Werth gewesen, einmal gründlich seine Ansichten darüber austauschen und Meinungen vernahmen und bekämpfen zu können, die man bis jetzt noch nicht gekannt habe, weil noch keine solche Gelegenheit dagewesen sei, dieselben auszusprechen. Wenn er, der Großherzog, dort auch nicht durchgedrungen sei mit seinen Wünschen und Anträgen, so sei vorerst die Anerkennung des Bedürfnisses einer gründlichen Aenderung der bisherigen Zustände von großem Gewicht; auf jeden Fall werde er die deutsche Gesinnung, die der Beweggrund seines Handelns in Frankfurt gewesen, und die er dort ausgesprochen habe, bewahren. Diese seine deutsche Gesinnung bitte er nebst herzlichem Dank für die in der Adresse ausgesprochene Liebe und Anerkennung seines Wirkens seinem Volke mitzutheilen. Schließlich bat er noch in feierlichem Ton, an dem Bunde, den er in dieser Stunde mit seinem Volk durch seine Vertreter abgeschlossen habe, festzuhalten — festzuhalten in guten und schlimmen Tagen.

London, 15. Oktober. Die geräuschvolle Herzlichkeit, mit der die Russen und Amerikaner in New-York fraternisiren, wird heute auch von der „Times“, theils vom moralischen, theils vom politischen Gesichtspunkt, beleuchtet. Wer es immer war — sagt sie — der dem russischen Kaiser den Rath gab, ein Fregattengeschwader nach New-York zu senden, kann sich zu einem großen Erfolge Glück wünschen. Man muß sich beinahe wundern, daß der Gedanke den geriebenen Politikern von St. Petersburg nicht früher eingefallen ist. Die Aehnlichkeiten zwischen den Vereinigten Staaten und dem russischen Reich sind nicht nur von Jedermann, der über die Gegenwart und die wahrscheinliche Zukunft der Welt nachgedacht hat, bemerkt worden, sondern sie haben zwischen den zwei Mächten eine Sympathie geschaffen, die unter dem Druck des Mißgeschicks, der getäuschten Ehrsucht und des Tadels der zivilisirten Welt immer stärker wird. Sowohl in ihrer früheren Annäherung wie in ihren jetzigen begränzteren Ansprüchen, zeigen beide einen Einklang, der die Hinneigung zu einer dauernden Allianz verräth.

Briefe aus Konstantinopel, welche über Marseille kommen, melden, daß neuerdings Waffen und Munitionen im Kaukasus ausgeschifft wurden. Man spricht von 3000 Karabinern, acht gezogenen Kanonen und drei Millionen Patronen.

Tagesbericht.

Salzach, 22. Oktober.

Morgen wird noch eine außerordentliche Vorstellung im Circus stattfinden, nicht vom Herrn Velling, sondern von dem Athleten Stark veranstaltet, der sich bekanntlich hier von der Velling'schen Gesellschaft getrennt hat.

Die landwirtschaftliche Ausstellung wurde von nahezu 2000 Personen besucht.

Nach dem „Uit. Toovar“ zählt die städtische Hauptschule zu St. Jakob 327 Schüler, 27 mehr als im vorigen Jahre.

Unsere Photographen werden eine neue Konkurrenz erhalten. Die in Marburg lebenden Photographen, Geschwister Steiner, die, wie der „E. f. U.“ schreibt, sehr schöne Bilder verfertigen, werden nach Salzburg übersiedeln.

Aus Radmannsdorf wird gemeldet: Der Abg. Dr. Loman ist von seiner Krankheit, die er sich durch Verkühlung zugezogen, noch nicht vollkommen genesen.

Am 9. d. M. wurde durch den Forstwart W. Blaschitz im Beldeser Herrschaftswalde Muschalla eine Bärin von 225 Pfund Gewicht erlegt. Es ist dieß um so erfreulicher als Reisser Peh heuer die Heerden mehr denn je beunruhigte und bereits mehrere Male dem imposantesten Schützen-Kordon zu trogen und ihn zu überlisten wußte.

Wie die „Tr. Ztg.“ vernimmt, wird Herr Fürst im November einen Cyclus von Vorstellungen im Armonia-Theater in Triest geben, und sollen Operetten (?) und Singspiele aufgeführt werden. Nach dem Fiasko, welches die Operetten (?) und Singspiele bei uns erlebt haben, zweifeln wir, daß damit auch noch in Triest ein Versuch gemacht werden wird.

Wiener Blätter brachten die Notiz, ein Personenzug sei kürzlich auf der Strecke von Gili nach Römerbad auf falschem Geleise gefahren. Wie man uns erzählt, geschieht dieß öfter; wenn nämlich der auf jener Strecke verkehrende Schotterzug auf dem einen Geleise sich befindet, wird der Postzug auf dem anderen, freien Geleise bis zur nächsten Station befördert. Da dieß stets auf Anordnung des Stationschef geschieht, so ist natürlich die Gefahr eines Zusammenstoßes mit einem entgegenkommenden Zug so groß, wie sie dort ist, wo nur ein Geleise besteht.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Lemberg, 20. Oktober. Hinter Moszysanka in den Wäldungen der Gemeinde Rozanki an der Grenze hat sich ein neues Insurgentenkörper von circa 200 Mann gebildet. Vorgestern wurde bei Kulikow eine Kleiderfahndung angehalten, drei dieselbe begleitende Damen wurden arretirt und hiehergebracht.

Frankfurt, 20. Oktober. Die „Weimarer Zeitung“ meldet an bevorzugter Stelle, Dänemark habe sich bereit erklärt, das März-Patent zurückzunehmen, wenn die Bundes-Exekution sistirt werde.

München, 20. Oktober. Dem Vernehmen nach wird in den nächsten Tagen eine Besprechung zwischen den Ministern der bedeutenderen deutschen Staaten welche der Bundesreformakte beigetreten sind, stattfinden. Der Zweck derselben soll zunächst eine nähere Verständigung über die auf die preussische Ablehnung der Reformakte zu gebende Antwort sein.

Berlin, 21. Oktober. Die Morgenblätter berichten über das Resultat der Wahlmännerwahlen. In Berlin wurde die frühere Majorität verstärkt, in den Provinzstädten gleichfalls. Die Wahlen des Reichslandes sind noch unbekannt.

Paris, 20. Oktober. Der heutige „Moniteur“ meldet die Ernennung Delangle's zum ersten Vizepräsidenten des Senats. Der Kaiser wird morgen in den elysäischen Feldern große Revue über die kaiserliche Garde abhalten.

Paris, 21. Okt. Die gestrige „Opin. nation.“ bringt folgende Nachrichten aus Haiti: San Domingo kapitulirte am 1. September. Der spanische Gouver-

neur flüchtete in den Wald von Azua. St. Domingo hat gleichfalls kapitulirt, Oberst Palengo stellt sich an die Spitze der Republik.

Krakau, 20. Oktober. Nachrichten aus Warschau, 18., zufolge wurden wieder sechs Personen (Paspe, Swierczynski, Tzbon, Przybilowicz, Kraszewski, Konradenko) von den Russen erschossen.

Neue Insurgentenscharen tanzten auf verschiedenen Punkten auf. In der Wojwodschast Kattisch kämpften die Abtheilungen Supski's am 14. und 15. mit den Russen bei Rudnik und Krzywoczka. Die Russen wurden geschlagen. In der Wojwodschast Lublin fand bei Leozna ein Kampf der Abtheilung unter Rudzki gegen die Russen statt, welche zum Rückzug gezwungen wurden. (Pr.)

Stockholm, 19. Oktober. Die ganze schwedische Presse, „Allchanda“ allein ausgenommen, ist darüber einig, daß die Stipulation mit Dänemark vollkommen vereinbart sind, aber erst dann ratifizirt werden, wenn die deutschen Truppen den Marsch antreten.

Markt- und Geschäftsbericht.

Laibach, 21. Oktober. Auf dem heutigen Markte sind erschienen: 8 Wagen mit Getreide, 6 Wagen mit Heu und Stroh, 65 Wagen mit Holz, 9 Schiffe mit beiläufig 70 Klafter Holz, 350 Mezen Erdäpfel.

Der Markt war sehr belebt; es ist besonders viel schönes Obst, namentlich von Tuzinje, Bezirk Stein, gebracht worden. Aber auch sonst wurde von

allen Artikeln sehr viel zu Markt gebracht. Ueberhaupt sind die heutigen Feldfrüchte besonders ausgezeichnet.

(Wochenmarkt-Preise.) Weizen pr. Mezen fl. 4.94 (Magazin-Preis fl. 5.53); Korn fl. — (Mg. Pr. fl. 3.16); Gerste fl. — (Mg. Pr. fl. 2.80); Hafer fl. 1.92 (Mg. Pr. fl. 2.21); Halbfucht fl. — (Mg. Pr. fl. 3.76); Heiden fl. — (Mg. Pr. fl. 2.46); Hirse fl. 2.20 (Mg. Pr. fl. 2.66); Aukurn fl. — (Mg. Pr. fl. 3.40); Erdäpfel fl. 1.30 (Mg. Pr. fl. —); Pflaumen fl. 4.20 (Mg. Pr. fl. —); Erbsen fl. 4.50 (Mg. Pr. fl. —); Bohnen fl. 4.50 (Mg. Pr. fl. —); Rindfleisch pr. Pfund fr. 18—22, Kalbfleisch fr. 22, Schweinefleisch fr. 23, Schöpsfleisch fr. 13; Hühner pr. Stück fr. 22, Tauben fr. 11; Heu pr. Ztr. fl. 1.10 bis fl. 1.50, Stroh fr. 70—90; Holz, hartes 30", pr. Klafter fl. 8, detto weiches fl. 6; Wein (Mg. Pr.) rother, pr. Eimer von fl. 9—13, detto weißer von fl. 10—15, im allgemeinen Verkehr.

Theater.

Heute, Donnerstag: Zum zweiten Male: „Die Chestands-Invaliden.“ Lustspiel, in 3 Akten, aus dem Französischen, von Lehmann.

Morgen, Freitag: Geschlossen.

Verantwortlicher Redakteur: Ignaz v. Kleinmayr. Druck und Verlag von Ignaz v. Kleinmayr & Fedor Bamberg in Laibach.

Anhang zur Laibacher Zeitung.

Börsenbericht. Wien 20. Oktober (Fr. Stg. Abd. Mittags 1 1/2 Uhr.) Die Börse war im Beginne matt, schloß aber in fester Haltung. Staats- und Industriepapiere durchschnittlich etwas besser bezahlt, nur Grundentlastungs-Obligationen ohne Erholung. Lebhafte Gezeitz Kreditlose und nahezu um 1% besser bezahlt. Auch Nord-Elisabethbahn-Aktien fast um 1% höher als gestern, Fremde Wechsel wenig und um einen Bruchtheil billiger umgekehrt, Silber ausbezogen Geld sehr flüssig.

Öffentliche Schuld.				Wechsel.			
A. des Staates (für 100 fl.)				3 Monate.			
	Geld	Ware			Geld	Ware	
In österr. Währung zu 5%	71.60	71.80		Frankfurt a. M. 100 fl. südd. W.	94.50	95.10	
5% Anleihe v. 1861 mit Rückz.	95.50	96.75		Frankfurt a. M. 100 fl. nord. W.	94.50	95.10	
detto ohne Abschritt 1862	95.50	95.75		Hamburg für 100 Mark Banco	83.70	83.80	
National-Anleihen mit				London für 10 Pf. Sterling	111.85	111.90	
Zins-Coupons „ 5%	81.70	81.80		Paris für 100 Franken	44.25	44.35	
National-Anleihen mit							
April-Coupons „ 5%	81.60	81.70					
Metalliques „ 5%	75.40	75.50					
detto mit Mai-Coup. „ 5%	75.50	75.60					
detto „ 4%	67.50	67.75					
mit Verlosung v. Jahre 1839	158.50	158.75					
„ 1854	93.50	94.00					
„ 1860 zu							
500 fl.	97.90	98.00					
zu 100 fl.	98.10	98.20					
Como-Renten sch. zu 42 L. austr.	17.40	17.75					
B. der Kronländer (für 100 fl.)				Cours der Geldsorten.			
Grundentlastungs-Obligationen.					Geld	Ware	
Nieder-Österreich zu 5%	87.00	87.50		R. Münz-Dufaten 5 fl. 35 1/2 fr.	5 fl. 36	36	Alt
				Kronen „ 15 „ 40	15 „ 45	45	„
				Napoleon'sdor „ 8 „ 95	8 „ 96	96	„
				Russ. Imperials „ 9 „ 21	9 „ 22	22	„
				Bereinsthaler „ 1 „ 63 1/2	1 „ 64	64	„
				Silber-Ragio „ 112 „ 15	112 „ 40	40	„

Effekten und Wechsel-Kurse an der k. k. öffentlichen Börse in Wien.
Den 21. Oktober 1863.

Effekten.	Wechsel.
5% Metalliques 75.60	Silber 112.00
5% Nat.-Anl. 81.70	London 111.95
Banquiers 78.80	R. f. Dufaten . . 536.5
Kreditaktien . . . 186.80	1860er Lose . . 97.90

Fremden-Anzeige.
Den 20. Oktober 1863.

Hr. Baron Roschitz, von Kendorf. — Hr. Ritter v. Rosenthal, Jurist, von Graz. — Hr. Bod. Kaufmann, von Wien. — Hr. Agerle, Kaufmann, von Benedig. — Hr. Grauer, Kaufmann, von Rann. — Hr. Pivore, Grundbesitzer, von Udine. — Hr. Postl, von Altemarkt. — Hr. Rubelko, Forstadjunkt, von Leitsch.

3. 2112. (2)

Gingefendet.

„Um den Zeitungskrieg zu enden, so muß ich bemerken: Herr Franz Pirz, Ringelschmiedmeister aus Kropp, möge sich dormalen bloß mit der einfachen Zahl der Lieferungen bedienen, oder ein zweites oder drittes Zeugniß in der Zeitung produziren und nicht mit fremden Federn sich schmücken. Eine Schwalbe macht kein Sommer, nicht — eine zur St. Leonharts-Kirche in Kropp, vom meinem seligen Vatten gemachte, dormalen vom Herrn Franz Pirz kopirte, mechanisch-gearbeitete und nach Horjul gelieferte Thurmuhre, — zu keinem Uhrmacher, daher der Fachmann (Lügner) ihn nicht zum Uhrmacher, sondern einfach nur zu seiner wahren Profession (Ringelschmied) hatte stampeln müssen.“

Sollte übrigens dem Herrn Franz Pirz in den gemachten Notizen der Zeitungen etwas Unrechtes geschehen sein, so steht ihm der Weg frei, sich bei meiner kompetenten Behörde zu beschwören.“

Kropp am 19. Oktober 1863.

Maria Pirz,
Thurmuhrmacher-Gewerksbesitzerin.

Lottoziehung vom 21. Oktober.
Trieft: 89 25 19 33 56.

3. 2139.

Pfandamtliche Lizitation.

Donnerstag den 29. Oktober
werden zu den gewöhnlichen Amtsstunden in dem hierortigen Pfandamte die im Monate

August 1862
verpfändeten, und seither weder ausgelöst noch umgeschriebenen Pfänder an den Meistbietenden verkauft.

Laibach den 22. Oktober 1863.

3. 2142. (1)

Wohnungs-Anzeige.

Im Hause Nr. 269, Spitalgasse, ist eine ganz neu hergestellte Wohnung, bestehend aus drei Zimmern, Küche, Speis, Dachkammer und Holzlege, möblirt oder unmöblirt zu beziehen.

3. 2107. (1)

Als einen erprobten Rathgeber in den mannigfachen Verhältnissen empfehlen wir das bekannte Hilfsbuch, mit dem Titel:

Der selten billige Preis — nur fl. 1. — in die weitesten Kreise Eingang verschaffen!

Schmidter's Wiener Briefsteller.

Vorräthig bei G. Lercher, Buchhändler in Laibach.

3. 2096. (3)

Gingefendet.

1- Der an Hühneraugen leidenden Menschheit sind wir in der angenehmen Lage anzukündigen, daß sich seit einigen Tagen der berühmte Hühneraugen-Operateur Herr Karl Schilling aus Graz, hier befindet, und — da wir die vorzüglichsten Zeugnisse gelesen, welche ihm von sehr angesehenen Persönlichkeiten ausgestellt wurden — so können wir ihn Jedermann bestens empfehlen durch Veröffentlichung folgenden Zeugnisses:

„Daß Herr Schilling, Hühneraugen-Operateur, durch seine Kunstfertigkeit mich von diesem Uebel an beiden Füßen, woran ich jahrelang die größten Schmerzen gelitten, nun in meinem 82 Altersjahre gänzlich befreit habe, wird zur Steuer der Wahrheit bezeugt und Herr Schilling Jedermann bestens anempfohlen. — Klagenfurt, 9. Septem. 1863. — (L. S.) J. Mich. Achatz m. p. „Domprobst.“

Wohnt im „Hôtel Elephant“ Zimmer-Nr. 18.

Es ist davon so eben die 8. zeitgemäß bearbeitete Auflage an alle Buchhandlungen versendet worden. — Wenn dieß Buch schon bisher durch seine vielen Vorzüge eine ungewöhnliche Verbreitung gefunden, (in 32.000 Exempl.), so wird aber diese Auflage, die bei umsichtiger Bearbeitung und größter Reichhaltigkeit alle früheren weit übertrifft, besondere Beachtung verdienen.

für 480 Seiten in gr. 8. möge dem Buche

A. Pichler's Witwe & Sohn in Wien.

Borräthig bei G. Lercher, Buchhändler in Laibach.